Kantonsrat Zürich | Parlamentsdienste

Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 31.01.2025

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 3. Februar 2025
Fokusthemen: **Vizepräsidium, Religion und Justiz**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag als Ersatz für den zurückgetretenen Vizepräsidenten Martin Farner FDP-Kantonsrat Beat Habegger zum ersten Vizepräsidenten des Kantonsrates wählen, bevor eine längere Debatte zum Rahmenkredit für die anerkannten Religionsgemeinschaften ansteht. Nach einer unumstrittenen Schlussabstimmung zur erleichterten Zusammenarbeit für Gemeinden bei Friedensrichterkreisen wird der Rat drei PI zu gebundenen Ausgaben auf Gemeindeebene behandeln. Sollte danach noch Zeit verbleiben, wird der Rat über Vorstösse befinden, welche die JI betreffen.

Beat Habegger soll ins Vizepräsidium des Kantonsrates gewählt werden
Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt dem Kantonsrat den Zürcher FDP-Kantonsrat Beat Habegger zur Wahl ins Vizepräsidium des Kantonsrates vor (KR-Nr. 5/2025). Der 49-jährige Risiko- und Unternehmensberater soll Martin Farner ersetzen, der Anfang Jahr von seinem Amt zurückgetreten ist. Damit wird das Präsidium neu aus Kantonsratspräsident Jürg Sulser (SVP, Otelfingen), dem ersten Vizepräsidenten Beat Habegger und der zweiten Vizepräsidentin Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach) bestehen. Der Zürcher Freisinnige wird aller Voraussicht nach im kommenden Mai das Präsidium für das Amtsjahr 2025/2026 übernehmen. Der Wahlvorschlag der IFK ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

300 Millionen Franken Rahmenkredit für die anerkannte Religionsgemeinschaften
Eine längere Debatte dürfte es zum Rahmenkredit über 300 Millionen Franken für die anerkannten Religionsgemeinschaften für die Beitragsperiode 2026–2031 geben. Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, dem Kredit zuzustimmen (5976). Zu den staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften zählen die Evangelisch-reformierte Landeskirche, die Römisch-katholische Körperschaft, die Christkatholische Kirchgemeinde, die Israelitische Cultusgemeinde Zürich und die Jüdische Liberale Gemeinde. Für ihre Tätigkeiten sollen sie wie bis anhin jährlich 50 Millionen Franken erhalten. Damit folgt die Mehrheit der STGK dem Antrag des Regierungsrates. Die Vorlage wurde in den Fraktionen kontrovers diskutiert. Eine Minderheit aus SVP und Teilen der FDP lehnt den Kredit ab, zum Hauptantrag hat die FDP Stimmfreigabe beschlossen. Eine Minderheit aus SVP und Teilen der FDP hinterfragt die Weitergabe der Gelder an nicht anerkannte Religionsgemeinschaften, da eine Rechtsgrundlage fehle, und beantragt eine Kürzung des Kredits um 12 Millionen Franken. Eine weitere Minderheit aus FDP und SVP fordert, dass die Staatsbeiträge nicht zur Finanzierung von unabhängigen Dritten verwendet werden dürfen und dass bei der Finanzierung von Programmen auf die Herkunft der Mittel als kantonale Beiträge hingewiesen wird. Der Regierungsrat hat die Wichtigkeit und Dringlichkeit des Kredits für die Leistungskontinuität der anerkannten Religionsgemeinschaften unterstrichen. Er hat aber auch eine Überprüfung und allfällige Anpassung des Systems der Kostenbeiträge in Aussicht gestellt, wie es auch die Geschäftsprüfungskommission in ihrem Mitbericht zur Vorlage angeregt hat. Die STGK teilt diese Auffassung und will verschiedene Themen genauer prüfen.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67
Minderheit: Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), 079 355 73 62
Minderheit: Mario Senn (FDP, Adliswil) 079 796 12 04

Schlussabstimmung zur Zusammenarbeit für Gemeinden bei Friedensrichterkreisen
Formsache dürften Änderungen des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) und des Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG) betreffend Organisation der Friedensrichterkreise sein. Der Kantonsrat hat die Gesetzesänderungen in erster Lesung im vergangenen Dezember beraten und ist dabei ohne Gegenantrag dem Antrag der vorberatenden Kommission gefolgt. In der zweiten Lesung geht es nun noch um die redaktionelle Bereinigung, bevor das Geschäft mit der Schlussabstimmung verabschiedet wird (5938). Das Geschäft geht zurück auf eine Motion, mit welcher der Regierungsrat aufgefordert wurde, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, damit zwei oder mehr Gemeinden die Aufgaben einer gemeinsamen Friedensrichterin oder eines gemeinsamen Friedensrichters wirkungsvoll organisieren können. Insbesondere sollte die Möglichkeit geschaffen werden, dass sich mehrere Gemeinden mittels Anschluss- oder Zusammenarbeitsvertrag zu einem Friedensrichterkreis zusammenschliessen können.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Drei PI zu gebundenen Ausgaben auf Gemeindeebene
Gleich drei parlamentarische Initiativen (PI) hat SVP-Altkantonsrat Diego Bonato zu gebundenen Ausgaben auf Gemeindeebene eingereicht. Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die von ihr geänderte PI betreffend «Veröffentlichung voraussehbarer gebundener Ausgaben im Budget auf Gemeindeebene» anzunehmen (KR-Nr. 210/2021). Gemeinden sollen künftig Bewilligungen über gebundene Ausgaben in Finanzreferendumshöhe mit kurzer Begründung und Rechtsmittelbelehrung veröffentlichen. Dies schaffe Transparenz und Rechtssicherheit. Die anderen beiden PI sollen gemäss Antrag der STGK hingegen abgelehnt werden. Einstimmig fiel dieser Entscheid in Bezug auf die PI betreffend «Vermerk voraussehbarer gebundener Ausgaben im Budget auf Gemeindeebene» (KR-Nr. 211/2021). Mit der PI wird eine Änderung des Gemeindegesetzes verlangt, damit bestimmte Kategorien von Ausgaben mittels Vermerken und Verzeichnissen im Budget gesondert dargestellt werden. Der Kommission erschien der Aufwand für das Anbringen der geforderten Vermerke und die Erstellung der gesonderten Verzeichnisse im Budget nicht gerechtfertigt. Mit 13 zu 2 Stimmen beantragt die STGK, die PI betreffend «Transparenz für die Legislative zu gebundenen Ausgaben in der Jahresrechnung auf Gemeindeebene» abzulehnen (KR-Nr. 212/2021). Mit der PI wird eine Änderung des Gemeindegesetzes verlangt, damit bestimmte Kategorien von Ausgaben im Anhang der Jahresrechnung mittels Verzeichnissen gesondert dargestellt werden. Die Minderheit stellt keinen Antrag, betont aber, dass trotz der bereits bestehenden Möglichkeit, die Angaben freiwillig zu machen, eine gesamtkantonale Regelung im Sinne der Transparenz einfacher sei. Die Kommissionsmehrheit teilt die Ausführungen des Regierungsrates, wonach der Aufwand den Nutzen übersteigt.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Vorstösse zu sexuellen Missbräuchen in der Kirche und zum Hauptort des Kantons Zürich
Sollte der Kantonsrat vor Sitzungsende dazu kommen, wird er ein paar Vorstösse beraten, welche die Direktion der Justiz und des Innern betreffen. SP-Kantonsrätin Patricia Bernet lädt mit Unterstützung von FDP, Grünen und AL den Regierungsrat ein, in einem Bericht darzulegen, welche Konsequenzen aus den sexuellen Missbräuchen in der römisch-katholischen Kirche in Bezug auf das Verhältnis von Kirche und Staat zu ziehen sind (KR-Nr. 403/2023). Der Regierungsrat beantragt, den Vorstoss abzulehnen. Und SVP-Kantonsrat Marcel Suter hat in einer Interpellation dem Regierungsrat verschiedene Fragen dazu gestellt, inwiefern die Stadt Zürich noch der richtige Hauptort des Kantons sei und ob es nicht eine Teilung des Kantons in Stadt und Land bräuchte (KR-Nr. 411/2023). Mit der Diskussion über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt.

Patricia Bernet (SP, Uster), 079 714 71 55
Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Schriftliches Verfahren:
Diskussionslos behandelt wird am Montag als Traktandum 3 eine Fristerstreckung für die Berichterstattung und Antragstellung zur Motion betreffend Solaranlagen in geschützten Ortsbildern (KR-Nr. 429/2020).

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der Traktandenliste aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch